

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 93 38/39
Telex: 686 646 ppbn d



Inhalt

Anke Fuchs MdB kommentiert die Pläne der Koalition, die Arbeitslosenstatistik zu frisieren: Koalition will Arbeitslosigkeit wegdefinieren. Seite 1

Ursula Pausch-Gruber MdL verurteilt die bayerischen Maßnahmen zum Paragraphen 218: Zurück in die gefährliche Heimlichkeit. Seite 3

Horst Isola setzt sich mit der unternehmerfreundlichen Politik der Bundesregierung auf der Grundlage der Verfassung auseinander: Das Sozialstaatsprinzip verteidigen. Seite 4

Dokumentation
Der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi schrieb an die in Hiroshimagende Welt-Konferenz der Bürgermeister eine Grußbotschaft, die wir im Wortlaut dokumentieren. Seite 5

40. Jahrgang / 153

14. August 1985

Koalition will Arbeitslosigkeit wegdefinieren

Zu den Plänen der Koalition, die Arbeitsmarktstatistik zu frisieren

Von Anke Fuchs MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Mit dem Blick auf den Arbeitsmarkt haben sich die Aufschwungspartnern von CDU und CSU aus dem Bundestagswahlkampf 1983 eindeutig als Bluff erwiesen. Der Beweis dafür wird Monat für Monat von der Bundesanstalt für Arbeit geliefert: In jedem Monat des Jahres erreichte die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen bisher ihren jeweils höchsten Stand seit der Währungsreform. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Koalition befürchtet, im kommenden Bundestagswahlkampf von den Wählerinnen und Wählern an der Elle ihrer Versprechungen gemessen zu werden. Und die Hoffnung, doch noch spürbare beschäftigungspolitische Erfolge erzielen zu können, haben die Koalitionäre offenbar aufgegeben.

Nur so sind die Bemühungen im Lager der Koalition zu erklären, in der Art von Roßtäuschern die Arbeitsmarktstatistik zu frisieren und einen Teil der Arbeitslosen gewissermaßen wegzudefinieren. Die Richtlinie dafür gab ausnahmsweise einmal Bundeskanzler Kohl vor. Bereits im Juni eröffnete er das Ablenkungsmanöver, indem er in einer Rede vor dem Markenverband behauptete, die Arbeitsmarktzahlen stimmten nicht und forderte, den Mut aufzubringen, die Arbeitsmarktzahlen zu diskutieren.

Daß sich Kohl in diesem Punkt in Übereinstimmung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß befindet, tritt immer deutlicher zutage. In einem Interview mit der Monatszeitschrift „Metall“, die die IG Metall herausgibt, hat sich der stellvertretende CSU-Generalsekretär Wolfgang Held als Stimme seines Herrn dargestellt und den Schleier gelüftet, wie die Operation Herunterspie-

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2—10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Erweiterte Druck-
anfertigung
Rechnungsbüro



len der Arbeitslosigkeit durch Herummachen an der Arbeitsmarktstatistik in Szene gesetzt werden soll. Im Klartext: Durch eine Spaltung der Arbeitslosen in zwei Gruppen, nämlich die „Ernährer“ und die „Zubrotverdiener“.

Im Originalton Held hört sich das so an: „Die Überlegung geht auf die Arbeitslosenzahlen in der Statistik, und da geht der Gedanke dahin, daß man unterscheidet: denjenigen, der echt mit der Familie von dem Schicksal Arbeitslosigkeit betroffen ist, von denjenigen, der als Zubrot bisher eine Arbeit hatte und aus irgendwelchen Gründen jetzt arbeitslos ist, aber für den Lebensunterhalt der Familie nicht unbedingt auf das Einkommen angewiesen ist.“ Und Held fragte: „Ist es möglich, die Statistik nicht so global zu machen, daß man sagt: wir haben zwei Komma soundsoviel Arbeitslose, sondern wir haben als Alleinverdienende, als Ernährer der Familie soundsoviel und als arbeitslos gemeldete Ehefrauen soundsoviel?“

Auf der Hand liegt, daß das von der Koalition beabsichtigte Statistikmanöver auch einen Marschbefehl an die Frauen „Zurück an den heimischen Herd“ gleichkommt. Separiert man die Frauen erst einmal in der von Held dargestellten Weise in der Arbeitslosenstatistik, wird man schon einen gesellschaftlichen Druck gegen die Frauenerwerbsarbeit erzeugen und letztlich sagen können: „Seht da, so schlimm ist das alles gar nicht mit der Arbeitslosigkeit.“

Nach dem Held-Interview hat die CSU-Landesleitung einer neuen und sehr gefährlichen Variante der Manipulation der Arbeitslosenstatistik das Wort geredet: Sie will die Arbeitslosen in „Arbeitswillige“ und angeblich „Arbeitsunwillige“ trennen. Damit versucht die CSU, sich Vorurteile gegen Arbeitslose zunutze zu machen, die an etlichen Stammtischen gepflegt werden.

Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß die allzu durchsichtigen Pläne der Koalition, die Arbeitslosigkeit zu verharmlosen und die Schuld für die Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen zuzuschreiben, scheitern werden. Gleichwohl - wenn auch in völlig konträrem Sinne - hat der Bundeskanzler mit seiner Behauptung recht, daß die Arbeitslosenzahlen aus Nürnberg nicht stimmen. Denn immer mehr Menschen, die arbeiten wollen, tauchen in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit nicht oder nicht mehr auf. Sie wurden und werden in die sogenannte Stille Reserve abgedrängt. Das sind diejenigen, die zwar erwerbslos sind, aber nach den Kriterien der Arbeitsämter nicht mehr als arbeitslos gelten, und diejenigen, die resigniert haben, die nicht mehr zum Arbeitsamt gehen, weil sie sich von dort weder einen Arbeitsplatz noch Geld erhoffen. Ihre Zahl liegt nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit bei 1,3 Millionen.

(-/14.8.1985/rs/ks)

+ + +



Zurück in das gefährliche Klima der Heimlichkeit

Die bayerischen Maßnahmen zum Paragraphen 218 haben schlimme Konsequenzen

Von Ursula Pausch-Gruber MdL

Bayerische Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Die Streichung der Beihilfe bei Abbruch der Schwangerschaft auf Grund einer „sozialen Notlage“, die ab 1. Oktober 1985 alle Beamtinnen des bayerischen Staats betreffen soll, ist ein empörender Schritt mit schlimmen Konsequenzen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die irreführenden Bezeichnungen „soziale Indikation“ oder „soziale Notlage“. Der Gebrauch dieser Begriffe, die nur auf finanzielle Schwierigkeiten hindeuten, verbunden mit dem Argument der bayerischen Staatsregierung, Beamtinnen würden ja von ihrem Dienstherrn voll alimentiert, soll die Bevölkerung offensichtlich zu dem Schluß bringen: Die bayerischen Beamtinnen sind wirtschaftlich abgesichert und haben also keinen Grund, eine Schwangerschaft abzubrechen.

Dabei bleibt jedoch erwähnt, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für Schwangerschaftsabbrüche, die nicht medizinische Ursachen haben, „Notlagenindikationen“ sind. Damit sind eben nicht nur finanzielle Notlagen gemeint, sondern auch andere, schwere Belastungen in Lebenssituationen von Frauen und Familien, menschliche Notlagen, die sich der Geburt eines Kindes entgegenstellen. Keine Frau, auch keine bayerische Beamtin, ist vor Notlagen dieser Art geschützt.

Diese Maßnahme der bayerischen Staatsregierung ist eine Benachteiligung der bayerischen Beamtinnen gegenüber ihren Kolleginnen in allen anderen Bundesländern, und wir sozialdemokratischen Frauen verurteilen diese Ungerechtigkeit. Darüber hinaus protestieren wir scharf gegen diese Entscheidung, weil die bayerische Staatsregierung damit wieder einmal durch das Anheben finanzieller Barrieren (wie zum Beispiel schon beim Verbot ambulanter Schwangerschaftsabbrüche zu Gunsten der wesentlich teureren stationären) Frauen darin behindert, ihre im Gesetz verankerten Rechte wahrzunehmen.

Die Streichung der Beihilfe bedeutet für die Beamtinnen im Machtbereich der bayerischen Staatsregierung wieder einen Schritt zurück in ein gefährliches Klima der Heimlichkeit. (-/14.8.1985/rs/ks)

+ + +

Das Sozialstaatsprinzip verteidigen

Die unternehmerfreundliche Politik der Bundesregierung berührt eines der wichtigsten Grundrechte

Von Horst Isola

Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (AsJ)

Auf dem Gustav Radbruch-Forum im Frühjahr in Gelsenkirchen zum Thema „Rechtliche und soziale Beherrschung der neuen Technologien - Gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten“, wurde die Feststellung getroffen: „Die Verschlechterung sozialpolitischer Besitzstände nimmt derartige Formen an, daß sich bereits die Frage stellt, ob nicht schon eine Verletzung des Sozialstaatsprinzips von Artikel 20 Absatz 1 und Artikel 28 Absatz 1 Grundgesetz (GG) gegeben ist.“

Die Fakten sprechen für sich, im Juli war die Arbeitslosigkeit auf dem höchsten Stand seit der Währungsreform gestiegen. Die Bundesregierung erfüllt nahezu alle Forderungen der Unternehmer mit der Folge, daß die Rechte der Arbeitnehmer in immer stärkerem Maße abgebaut werden.

Regierungssprecher Ost verkündet, daß die Arbeitslosigkeit nicht über das Schicksal der Bundesregierung in der nächsten Bundestagswahl 1987 entscheiden werde. Wie liest sich das im Leitantrag der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) für die 21. Bundestagung: „Wer Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien verweigert, verhindert den sozialen Konsens, stört den sozialen Frieden und erschwert damit die Modernisierung der Volkswirtschaft, von der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise abhängen.“

Die Sozialdemokraten haben demgegenüber einen Gesetzentwurf zum Ausbau und zur Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung vorgelegt. Die AsJ begrüßt diese Initiative ausdrücklich, zumal sie Forderungen erfüllt, die sie bereits seit der Bundeskonferenz im Jahre 1978 aufgestellt hat. So wurde bereits damals gefordert, daß bei einem Widerspruch des Betriebsrates gegen eine beabsichtigte Kündigung nach Paragraph 102 Betriebsverfassungsgesetz der Arbeitgeber nur die Möglichkeit haben soll, die Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch eine gerichtliche Auflösungsklage zu erreichen.

Zur Lösung des Problems der Beherrschbarkeit der neuen Technologien bedarf es aber weitergehender Maßnahmen. So ist ein durchsetzbarer Anspruch auf Weiterqualifizierung der Arbeitnehmer unverzichtbar. Es kann auch nicht allein darauf ankommen, die sozialen Folgen zu gestalten, sondern bereits Kriterien der Schädlichkeit oder der Nützlichkeit bei der Einführung der Technologien festzulegen - nicht jede Technik ist Fortschritt. Dieser hört spätestens auf, wenn er nicht mehr gestaltbar ist. Eine verstärkte Kontrolle, die mehr als bisher in den Verantwortungsbereich der Parlamente fällt, ist dringend geboten, da beispielsweise die Einführung von Fernarbeitsplätzen mit der ungesicherten Rechtslage der dort Beschäftigten nicht nur die Entscheidung der jeweiligen Betriebe unterliegt, vielmehr hier das vielschichtige Interesse von Anbieter und Abnehmer der mit den neuen Technologien angebotenen Dienstleistungen aufeinander treffen. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der neuen Technologien macht es notwendig, erneut eine überbetriebliche Mitbestimmung zu fordern.

Auch wenn der Minister Blüm es so nicht sehen wird, das Sozialstaatsprinzip steht auf dem Prüfstand und damit eine der wichtigsten Grundlagen unserer Verfassung. (-/14.8.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Klaus von Dohnanyi: Kooperation der Städte über Systemgrenzen hinweg ausbauen

Der Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, hat gefordert, die Zusammenarbeit der Städte in Ost und West als einen Beitrag im Bemühen um die Herstellung von Sicherheitspartnerschaft auszubauen. Wir dokumentieren entsprechende Überlegungen des SPD-Politikers, die dieser in einer Botschaft an die „Weltkonferenz von Bürgermeistern für den Frieden“, die in der letzten Woche in Hiroshima und Nagasaki tagte, darlegte.

„Jeder denkbare atomare Krieg hätte die Städte als Hauptangriffsobjekte. Ich begrüße deshalb ausdrücklich die Initiative Hiroshimas und Nagasakis, mit der sie aus eigener schwerer Betroffenheit die Städte der Welt zu einem verstärkten friedenspolitischen Engagement auffordern.

Auch Hamburg hat an den Kriegsfolgen schwer tragen müssen: zwei Drittel der Stadt wurden während des Zweiten Weltkrieges durch Bomben zerstört, über 50.000 Zivilbürger fanden dabei den Tod. Diese besondere Erfahrung hat auch Hamburg veranlaßt, mahnend und aktiv der Sache des Friedens zu dienen.

Noch auf dem Höhepunkt des ‚Kalten Krieges‘ zwischen Ost und West hat Hamburg Anfang der 50er Jahre den partnerschaftlichen Brückenschlag nach Osteuropa gesucht. Die Lage unserer Stadt an der Nahtstelle zwischen West und Ost haben Hamburger Kaufleute frühzeitig als Herausforderung angesehen, um enge wirtschaftliche Verbindungen zu knüpfen. Auch dies dient der Sache des Friedens, denn wer Partner ist und im Handel wechselseitige Vorteile erkennt, hat kein Interesse am Krieg.

Die hamburgische Bürgerschaft, das Parlament unserer Stadtrepublik, hat im September 1983 zu den aktuellen Herausforderungen Stellung bezogen. In einem von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingebrachten Beschlußpapier heißt es dabei unter anderem: „Alle Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel müssen abgeschafft werden. Die Forderung nach einem kontrollierten Einfrieren der Atomwaffen beider Weltmächte muß als wesentlicher Schritt zu erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen verwirklicht werden. Der Vorschlag, in Mitteleuropa entlang der Ost-West-Grenze eine je 150 Kilometer breite von taktischen Atomwaffen freie Zone zu schaffen, ist ein erster Schritt auf ein atomwaffenfreies Europa hin und bedarf dringend der Umsetzung und der Erweiterung auf alle ABC-Waffen.“

Vom heutigen Erkenntnisstand aus wäre zu ergänzen: Wir sind auch gegen eine Weltraumrüstung, weil sie keine Sicherheit vor der atomaren Bedrohung gewährt.



Was können wir über friedens- und abrüstungspolitische Deklarationen hinaus tun?

Ein wichtiges Element der Friedenspolitik auf der Ebene der Städte - über die Systemgrenzen hinweg - sind alle möglichst konkreten Formen praktischer Zusammenarbeit. Dabei geht es nicht nur um die Beziehungen von Institutionen und zwischen Politikern, sondern vor allem auch um eine Begegnung der Menschen. Wenn vor dem Hintergrund einer Städtefreundschaft zwischen Hamburg und Leningrad mittlerweile 10.000 junge Hamburger in die Sowjetunion gereist sind, so ist dies ein wichtiger praktischer Schritt auf dem Weg zu Verständigung und Frieden zwischen den Völkern.

Die Systeme der anderen durch eigene Anschauung zu begreifen, die Sorgen und Hoffnungen der anderen kennenzulernen - das sind wichtige Aufgaben völkerverbindender Stadtpolitik. Dies gilt nicht nur für das Verhältnis zwischen Ost und West, auch das Verständnis für die Probleme der sogenannten Dritten Welt, für ihren Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung kann von den Städten aus deutlich gefördert werden. Ich denke zum Beispiel an konkrete städtische Entwicklungshilfeprojekte, in denen das know-how verschiedener Disziplinen und Institutionen einer Stadt unbürokratisch koordiniert und den Ländern der Dritten Welt direkt nutzbar gemacht wird.

Die Freie und Hansestadt Hamburg tut ein übriges: Seit 14 Jahren verfügt unsere Stadt über ein eigenes wissenschaftliches Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, das seinen aktuellen Arbeitsschwerpunkt auf die Bedingungen und Realisierungschancen einer ‚Sicherheitspartnerschaft‘ zwischen Ost und West ausgerichtet hat. Die Arbeit dieses Instituts, das unter anderem Wissenschaftler aus der Sowjetunion, den USA und Westeuropa zusammenführt, ist auch ein Stück praktischer Friedensarbeit.“

(-/14.8.1985/rs/ks)

+ + +